



BERLININFO

NR. 16

21. Oktober 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt viele Möglichkeiten, sich im Internet auf Portalen zu informieren. Es gibt schlechte und gut gemacht Portale.

Ich wurde in dieser Woche vom Deutschlandfunk zum Portal "Kostenfalle Zahn" (www.kostenfalle-zahn.de) interviewt. Ich finde das Portal ist schlecht gemacht, weil dort nur Kritik stattfindet und kein Beratungsangebot. Das Audio-Interview finden Sie hier:

<http://www.deutschlandfunk.de/umwelt-und-verbraucher.696.de.html>

Es gibt aber genauso positiv Beispiele, wie Lebensmittelklarheit.de. Genau hinschauen lohnt sich also.

Ihre 

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Positionspapier „Leitlinien des Verbraucherschutzes“

Die CDU/CSU-Fraktion hat die Leitlinien ihrer Verbraucherpolitik in einem Positionspapier zusammengefasst. Grundlage ist die Überzeugung, dass Menschen zu selbstbestimmten Entscheidungen fähig sind. Verbraucher haben verschiedene Bedürfnisse und verhalten sich unterschiedlich - je nachdem, auf welchem Markt sie sich gerade bewegen. Ziel der Fraktion ist es, die Bürger als Verbraucher in ihrer Fähigkeit zur selbstbestimmten, mündigen, auf Nachhaltigkeit gerichteten Entscheidung zu unterstützen. Dazu müssen die Rahmenbedingungen so gewählt werden, dass sie Verbrauchern zwar hinreichend Schutz bieten, sie aber nicht bevormunden. Auch unnötige Kosten sollten dabei nicht entstehen. Instrumente einer modernen Verbraucherpolitik sind: Verbraucherforschung, Verbraucherbildung, Transparenz und Information, ein klarer Rechtsrahmen und eine wirksame Rechtsdurchsetzung. Das Positionspapier können Sie hier runterladen:

<http://www.cducsu.de/download/file/fid/52940>



„Trends im Finanzverhalten – Perspektiven für Politik, Wirtschaft und Verbraucher“



Wie verändern innovative Ideen und automatisierte Beratung im Internet unser Verhalten gegenüber Finanzprodukten? Über diese Frage habe ich am Mittwoch auf einem Podium der Schufa diskutiert. Viele der neuen Ideen sind vom Kunden aus gedacht, damit sorgen sie auch dafür, dass traditionelle Marktteilnehmer ihr Geschäftsmodell überdenken. Für mich ist das eine positive Entwicklung, denn Wettbewerb um Kunden und die Auswahlmöglichkeit für den Einzelnen steigt dadurch. Ich bin aber auch der festen Überzeugung, dass es auch in Zukunft noch viele gibt, die im Supermarkt gerne bar bezahlen oder den Berater persönlich gegenüber sitzen möchten.

Praktikumsbericht Yosef Daniel

Ich als Student der Wirtschaftsmathematik, ein eher Außenstehender, habe mich schon länger für die Politik und das Leben als Politiker interessiert. Durch einen Bekannten bin ich auf die Idee gebracht worden ein Praktikum im Bundestag zu absolvieren. Seinen Rat bin ich gefolgt und habe ein 4 wöchiges Praktikum im Abgeordnetenbüro von Frau Mechthild Heil abgelegt. Ziel dieses Praktikums ist es das Arbeitsleben eines Abgeordneten persönlich zu Begleiten und mir so viel Wissen wie möglich anzueignen.

Zum Beginn wurde ich von Frau Heil und ihren Mitarbeitern herzlichst empfangen. Die erste Woche wurde von den internen und Allgemeinen Sitzungen des Ausschusses Recht und Verbraucherschutz sowie die Debatten im Plenarsaal geprägt. In dieser Sitzungswoche durfte ich Frau Heil zum Ausschuss Recht und Verbraucherschutz begleiten. Dort wurden die zuvor besprochenen Tagespunkte besprechen und gegebenenfalls darüber abgestimmt.

Etwas hitziger wurde es im Plenarsaal. Dort hat jede Fraktion seinen Standpunkt erklärt, begründet und auch mal verteidigen müssen. Außerhalb der Sitzungswochen wurde die Arbeit von recherchieren bis zu vorbereiten von Bürgerbriefen bestimmt. Ein Lob will ich hier auch an das vielfältige Praktikantenprogramm ausrichten. Bei der großen Auswahl war für jeden Praktikanten etwas passende zu finden. In dieser Zeit habe ich viele Möglichkeiten sehen können, sich neben dem Beruf noch in der Politik zu engagieren und im anderen Falle auch von der Wirtschaft in die Politik zu wechseln. Ich kann mit Erfolg auf die 4 Wochen zurückblicken und wollte mich nochmals bei Frau Heil, ihrem Team und allen anderen herzlichst bedanken.



Durchbruch bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen

In der vergangenen Woche ist es Bund und Ländern unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen gelungen, sich nach über zweijährigen Verhandlungen auf eine sinnvolle Weiterentwicklung der föderalen Finanzbeziehungen zu verständigen. Frühzeitig haben wir finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030 geschaffen. Jede Seite ist Kompromisse eingegangen und hat damit staatspolitische Verantwortung übernommen.

Der Ausgleich der Finanzkraft der Länder erfolgt zukünftig im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer statt durch den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes im Jahr 2020 wird rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Der Bund wird damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht. Alle Länder stellen sich besser. Die Länder werden in die Lage versetzt, auch ihrerseits die Schuldenbremse einzuhalten, so wie es das Grundgesetz ab 2020 vorgibt. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht künftig auch die Einhaltung der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene.

Auf besonderen Nachdruck unserer Fraktion verbessern wir die Kontrolle von Mischfinanzierungstatbeständen. Der Bundesrechnungshof erhält dazu zusätzliche Erhebungsrechte. So schaffen wir Transparenz über die zweckgerichtete Verwendung der Bundesmittel und verhindern, dass Bundesgeld unkontrolliert in

allgemeinen Landeshaushalten verschwindet. Überdies helfen wir den finanzschwachen Kommunen unmittelbar, indem der Bund Mitfinanzierungskompetenzen im Bereich der gemeindlichen Bildungs-Infrastruktur erhält; die Verteilung der Bundesmittel orientiert sich am bisherigen Bundesprogramm.

Einen großen Fortschritt haben wir mit der Verständigung auf eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr erreicht. Das erleichtert kontinuierliche, aufeinander abgestimmte Investitionen in Autobahnen. Die Interessen der aktuell in diesem Bereich Beschäftigten sind ausdrücklich zu beachten.

Für die öffentlichen Online-Anwendungen wird der Bund ein zentrales Bürgerportal einrichten, das auch die Länder einschließt. Bundesweit entsteht ein einfacher digitaler Zugang zur Verwaltung. In der Steuerverwaltung wird die Rolle des Bundes - wieder auf Initiative unserer Fraktion - etwa beim IT-Einsatz gestärkt. Der Bund erhält ein stärkeres fachliches Weisungsrecht.

Die umfangreichen Vereinbarungen der letzten Woche gehen deutlich über reine Finanzflüsse hinaus und sind ein starker Ausdruck unserer föderalen Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit. Unsere Staatsfinanzen erhalten ein breiteres Fundament, die Zukunftsinvestitionen werden gestärkt. Es stehen nunmehr weitere Konkretisierungen an, die auch mehrere Grundgesetzänderungen mit sich bringen werden. Wir werden weiterhin darauf achten, dass dabei die Interessen des Bundes gewahrt werden.

Nachrichtendienste besser aufstellen

Der jüngst vereitelte Anschlag eines syrischen Terroristen führt uns - bei allen Diskussionen über das Handeln von Polizei und Justiz - eines vor Augen: Ohne die exzellente Arbeit der Nachrichtendienste wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit ein schwerer terroristischer Anschlag in unserem Lande Realität geworden. Der aktuelle Fall zeigt, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten ein Grundpfeiler für die innere Sicherheit in Deutschland ist, auf den wir nicht verzichten können.

Um Rechtssicherheit für die Mitarbeiter zu schaffen, konkretisieren wir die Rechtsgrundlagen für die Fernmeldeaufklärung von Ausländern im Ausland. Gleichzeitig erweitern wir die Möglichkeiten zum Austausch mit ausländischen öffentlichen Stellen durch gemeinsame Dateien. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger müssen unsere Dienste auf dem bestmöglichen Kenntnisstand über aktuelle Gefährdungen sein.

Die Arbeit der Dienste muss im Verborgenen geschehen, um erfolgreich zu sein. Sie erfolgt nach Recht und Gesetz, kontrolliert durch den Deutschen Bundestag. Aus den Erkenntnissen der letzten Jahre heraus stärken wir die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste durch die Schaffung eines Ständigen Bevollmächtigten, der die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums zukünftig unterstützen wird.



Am Wochenende noch nichts vor? - „Tage der offenen Höfe“ am Samstag und Sonntag in Grafschaft-Gelsdorf!

Die Tage der offenen Höfe bieten Einblick in eine mittlerweile für die meisten „unbekannte Welt“ - in die der Obstbauern und Landwirte. Diese öffnen gemeinsam mit ortsansässigen Handwerkern am 22. und 23. Oktober, jeweils von 10 bis 18 Uhr ihre Betriebe und zeigen die Abläufe ihrer täglichen Arbeit sowie die Anbaubedingungen verschiedener Produkte, die selbstverständlich auch zum Verzehr und Kauf angeboten werden. Ein interessantes und gleichzeitig lehrreiches Erlebnis für Groß und Klein. Die Tage der offenen Höfe erwarten die Gäste am Samstag und Sonntag von 10 bis 18 Uhr, der Eintritt ist frei. Ein kostenloser Pendelbusverkehr zwischen dem Ort und den Parkplätzen im Gewerbegebiet Gelsdorf wird an diesem Wochenende eingerichtet. Auch ich werde am Samstag wieder in der Grafschaft sein und mich über die bunten Facetten des „Landlebens“ informieren. Es lohnt sich bestimmt wieder!

www.offene-hoefe.de



Daten und Fakten

Zukunftsfest durch digitale Bildung. Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sehen den Einsatz digitaler Technologien in der Bildung überwiegend positiv. Mehr noch: Sie wünschen sich, dass ein grundlegendes Verständnis digitaler Technologien in Zukunft fester Bestandteil in der Schul- und Berufsbildung ist. Dieser Aussage stimmten 86 Prozent der Bürger zu, die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom Meinungsforschungsinstitut Emnid befragt wurden. 79 Prozent der Befragten waren darüber hinaus der Überzeugung, dass der verstärkte Einsatz digitaler Technologien in der Bildung unabdingbar ist, um für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewappnet zu sein. 72 Prozent sagten, dies mache unsere Gesellschaft auch innovationsfähiger. 67 Prozent der Befragten gaben an, mit digitalen Technologien in der Bildung mehr Chancen als Risiken zu verbinden, lediglich 22 Prozent stimmten dieser Aussage nicht zu.

(Quelle: Zukunftsmonitor des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Exporte ziehen an. Im August 2016 wurden in Deutschland Waren im Wert von 96,5 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 76,5 Milliarden Euro importiert. Damit waren deutschen Exporte im August 2016 um 9,8 Prozent und die Importe um 5,3 Prozent höher als im August 2015. Gegenüber dem Vormonat Juli 2016 nahmen die Exporte um 5,4 Prozent und die Importe um 3 Prozent kalender- und saisonbereinigt zu. Der Anstieg betraf dabei den Handel mit EU-Ländern und Drittländern gleichermaßen: Während in die EU-Mitgliedstaaten Waren im Wert von 54,3 Milliarden Euro (plus 10 Prozent) exportiert und Waren im Wert von 48,5 Milliarden Euro (plus 5,2 Prozent) importiert wurden, exportierten die deutschen Unternehmen in Länder außerhalb der Europäischen Union Waren im Wert von 42,2 Milliarden Euro (plus 9,6 Prozent) und importierten Waren im Wert von 28 Milliarden Euro (plus 5,5 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Junge Deutsche interessiert an Politik. Junge Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren sind in Deutschland deutlich mehr an Politik interessiert als in anderen OECD-Staaten. Lediglich 7 Prozent gaben bei einer Befragung an, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein – zusammen mit Dänemark stellt dies den Tiefstwert dar. Im Schnitt gab jeder vierte junge Mensch (26 Prozent) in den OECD-Staaten an, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein. Am größten war das Desinteresse junger Leute an Politik in Tschechien (57 Prozent), gefolgt von Ungarn (49 Prozent) und der Slowakei (39 Prozent). Auch das Desinteresse in der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland niedrig: Lediglich 5 Prozent gaben an, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein – nur in Dänemark war dieser Wert mit 3 Prozent noch niedriger. Im OECD-Durchschnitt gaben 19 Prozent an, komplettes Desinteresse an Politik zu haben.

(Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)